

empfindlichen Personen) wäre nach den Erfahrungen von Tschernobyl notwendig. Die vom Gesetzgeber eingeräumte Regelung, daß - wer sich selbst versorgen möchte - sich die Tabletten auf eigene Kosten in der Apotheke kaufen könne, scheidet im akuten Notfall an den nicht ausreichenden Vorräten in der Apothekenlogistik. Der Apothekengroßhandel und die Apotheker sind auch für Katastrophenschutzmaßnahmen nicht zuständig.

Kosten nach dem Verursacherprinzip.

Für die Kosten dieser Maßnahmen gilt das Verursacherprinzip. Die Kosten dürfen nicht zu Lasten des Einzelnen, des Staates oder der Krankenkassen gehen. Wer als Wirtschaftsbetrieb Strom mittels

Atomkraft erzeugt und dabei die Bevölkerung mit dem Risiko der Gefahr von Leib und Leben aussetzt, muß auch die Kosten für die notwendigen Vorsorgemaßnahmen tragen. Diese Rechtsauffassung wird sinngemäß auch von der Innenministerkonferenz und dem Bundesrat geteilt. Die Bundesregierung darf dieses Problem aus Rücksicht auf die Atomkraftwerksbetreiber nicht weiter vor sich herschieben.

IPPNW- Postkarten - Aktion „Gerhard gib uns unser Jod“.

Um darauf aufmerksam zu machen, startet die deutsche Sektion der Internationalen Ärzteorganisation gegen den Atomkrieg (IPPNW) in den nächsten Tagen eine Postkartenaktion, bei der Herr Bun-

deskanzler Schröder mit dem Aufruf - „Gerhard gib uns unser Jod“ - aufgefordert wird, sich für eine bundesweit ausreichende Jodversorgung für den Notfall zu engagieren. Außerdem initiiert die IPPNW eine Briefaktion an die Ärztekammern, um Problembewußtsein dafür anzuregen.

Es gibt keine „Strahlenschutztablette“. Der einzig wirklich wirksame Schutz ist das Abschalten der Reaktoren.

All das Bemühen um eine adäquate Jodversorgung zum Schutz vor Schilddrüsenkrebs darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit nur für einen kleinen Teil der Probleme nach einem Reaktorunfall gesorgt wäre. Nach einem Super-GAU entstünden viele

Probleme, nicht nur gesundheitlicher Art, von praktisch unlösbaren Dimensionen. Das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Bundesrepublik wäre nachhaltig zerstört. Eine allgemeine „Strahlenschutztablette“ (zum Schutz vor radioaktiver Belastungen aller Art) existiert nicht. Der einzig wirklich wirksame Schutz der Bevölkerung vor radioaktiven Unfällen ist und bleibt das Abschalten der Reaktoren. Eine menschenverachtende Gesetzesbegründung, die das Risiko eines Super-GAU als „sozialadäquat“ und als von der Bevölkerung hinzunehmen einstuft, darf von uns allen so nicht hingenommen werden.

Reinhold Thiel

Ulmer Ärzteinitiative,
Regionalgruppe der IPPNW
www.ippnw-ulm.de ●

Mammographie-Screening

Ärztekammer Berlin warnt vor Irreführung der Bevölkerung bei Mammographie-Reihenuntersuchungen

Der Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages will ab 2003 ein flächendeckendes Mammographie-Screening einführen. Ergebnisse über den Nutzen aus den Mammographie-Erprobungsregionen will Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) nicht abwarten, sondern lediglich erfahren, „wie es gelingt, die Frauen zum Mitmachen zu motivieren“.

Die Ärztekammer Berlin hat in einer Mitteilung vom 25. März 2002 vor Irreführung der Bevölkerung durch die Überführung der Mammographie in ein Screening-Programm gewarnt. „Eine vorschnelle und undurchdachte Kampagne für das Mammographie-Screening wecke falsche Hoffnungen und setze zahlreiche Frauen der Gefahr einer falschen Diagnose aus“, erklärte die Ärztekammer Berlin. Dies sei ethisch fragwürdig. Durch das Screening würden Ängste und falsche Hoffnungen durch eine unkri-

tische und einseitig verzerrte Wiedergabe wissenschaftlicher Ergebnisse geschürt. Welche gesundheitlichen Schäden durch die Röntgenstrahlung oder durch die psychische Belastung der Frauen entstehen, sei bislang nicht untersucht worden.

Am 20. März 2002 hatte der Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages einstimmig den von den Fraktionen der rot-grünen Regierungskoalition eingebrachten Antrag „Brustkrebs - Mehr Qualität bei Früherkennung, Versorgung und Forschung -

Fachgespräch zur Brustkrebs-Früherkennung am 23. April 2002 im Berliner Roten Rathaus

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) veranstaltet am 23. April 2002 im Berliner Roten Rathaus ein Fachgespräch zur Brustkrebs-Früherkennung, in dem die teilweise kontroversen wissenschaftlichen und politischen Positionen offen diskutiert werden sollen. Das Fachgespräch wird sich mit den medizinischen Aspekten der Brustkrebs-Früherkennung, mit den Nutzen-Risiko-Bewertungen des Röntgen-Mammographie-Screenings und mit Positionen gesellschaftlicher Gruppen befassen. Das BfS ist der Meinung, daß es für die Rechtfertigung eines Mammographie-Screenings auch aus juristischen Gründen unumgänglich ist, die noch offenen Fragen zur Bewertung des Nutzens möglichst schnell zu klären. Das BfS gibt zu bedenken, daß in einem Kollektiv von 100.000 Teilnehmerinnen mindestens 10 Brustkrebstodesfälle durch das Mammographie-Screening-programm verhindert werden müssen, damit für die Frauen ein Nutzen verzeichnet werden kann. Es ist jedoch strittig, ob das möglich ist. Die Gesellschaft für Strahlenschutz begrüßt die offene Diskussion dieser Fragen und wird sich aktiv daran beteiligen.

Für ein Mammographie-Screening nach europäischen Leitlinien“ (Bundestag-Drucksache 14/6453) zur Einführung flächendeckender Röntgen-Reihenuntersuchungen beschlossen. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, „darauf hinzuwirken, dass die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung ab

dem Jahr 2003 ein flächendeckendes Screening-Programm für Frauen nach den europäischen Leitlinien durch zertifizierte Mammographie-Einrichtungen einführen.“ Andernfalls solle der Bundestag das Mammographie-Screening per Gesetz beschließen. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die die Mammographie-Lobby unter-

stützt, verwarfte sich gegen die Kritik der Ärztekammer Berlin. Es sei nicht zutreffend, daß auch neue Studien den Nutzen eines Mammographie-Screenings nicht belegen. Zudem sollten nur ältere Frauen ab 50 Jahre der Röntgenstrahlung ausgesetzt werden. Zu fordern sei allerdings, daß jetzt die bisherige „graue“ Mammographie in ein Screening überführt und als Kas senleistung honoriert werde. Es müsse ein Programm beschlossen werden, das die Vorgaben der europäischen Leitlinien zur Qualität dieses Röntgenverfahrens umsetze. Davon erwarte sie sich, daß die Zahl der falsch positiven und falsch negativen Diagnosen auf einem niedrigen Niveau gehalten werden könnten. Ergebnisse über den Nutzen aus den Mammographie-Modellregionen in Bremen und Wiesbaden will die Ministerin nicht abwarten. Von dort will sie lediglich erfahren, „wie die Qualitätssicherung erfolgen kann und wie es gelingt, die Frauen zum Mitmachen zu motivieren,“ erklärte sie in einem Interview dem Redakteur der Frankfurter Rundschau Michael Emmrich.

Die Ärztekammer Berlin hatte bereits im Vorfeld auf die Nachteile des Screenings hingewiesen. Um bei einer Frau den Tod durch Brustkrebs zu verhindern, müßten 1.000 Frauen zehn Jahre lang jedes zweite Jahr zum Röntgen der Brust. In dieser Zeit würde bei circa 250 Frauen fälschlicherweise ein Verdacht auf Brustkrebs geäußert, der in seiner Konsequenz weitere und zum Teil belastende Untersuchungen nach sich ziehe. So würden in Deutschland pro Jahr mehr als 100.000 Frauen an der Brust operiert, obwohl sie keinen Brustkrebs haben.

Literaturempfehlung:

Dersee, Dieckmann, Köhnlein, Kuni, Lengfelder, Pflugbeil, Schmitz-Feuerhake: Brustkrebsfrüherkennung Ja, Reihenuntersuchung mit Mammographie Nein! - Abschied vom Wunschenken,

Nachdenken über neue Strategien. Bericht des Otto Hug Strahleninstituts Nr. 23, Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. Berlin, Bremen 2002, ISSN 0941-0791, 40 Seiten, Euro 5,-. Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., c/o Th. Dersee, Rauxeler Weg 6, D-13507 Berlin, oder unter <http://www.strahlentelex.de/Buecher.htm> ●

RSK: Personelles

Michael Sailer ist neuer RSK-Vorsitzender

Michael Sailer vom Öko-Institut Darmstadt ist Anfang März 2002 von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) zum neuen Vorsitzenden der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) bestimmt worden. Sailer tritt die Nachfolge von Lothar Hahn (ebenfalls Öko-Institut) an, der im Dezember 2001 zum technisch-wissenschaftlichen Geschäftsführer der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mbH bestellt worden war. (Strahlentelex Nr. 360-361 v. 3.1.2002). Sailer ist Ingenieur der Fachrichtung technische Chemie und gehört der RSK seit 1999 an. Ihm wird das Konzept zugeschrieben, zur Sicherung des Weiterbetriebs der Atommeiler dezentrale Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe an deren Standorten zu bauen. ●

Magdeburg, 19.04.2002

Tschernobyl und die DDR

Tschernobyl sei für Umweltgruppen und Friedensbewegung der DDR ein wichtiges Aufbruchsignal gewesen. Mittlerweile stünden die Akten der DDR hierzu zu Verfügung, ergänzt durch Forschungsergebnisse, schreibt die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Einladung zu einem Forum „Tschernobyl und die DDR“. Es findet statt am 19. April 2002 ab 14 Uhr im Roncalli-Haus, Max-Josef-Metzger-Str. 13 in Magdeburg. Anmeldung und Information: Fax 0391/5687615, email: MDBMail@fes.de ●

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Rauxeler Weg 6, D-13507 Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 58,00 oder für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt.

Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.

Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •

Th. Dersee, Rauxeler Weg 6, D-13507 Berlin, ☎+Fax 030 / 435 28 40. eMail: Strahlentelex@t-online.de; <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Michael Karus, Dipl.-Phys. (verantw.), Monika Bathow, Dipl.-Geogr., Dr.med. Franjo Grotenhermen, Arzt, Dr. Peter Nießen, Dipl.-Phys.: nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, ☎ 02233/ 943684, Fax 02233/943683. eMail: EMF@nova-institut.de, <http://www.EMF-Beratung.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Dipl.-Ing. Peter Diehl, Dresden, Prof. Dr. Friedrich Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthias, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 58,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 5,80.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2002 by Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288